

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Barbara Höll, Dr. Axel Troost, Werner Dreibus, Ulla Lötzer, Ulrich Maurer und der Fraktion DIE LINKE.

zur Abgabe einer Regierungserklärung durch den Bundesminister der Finanzen zur Lage der Finanzmärkte

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die im Sommer von den USA ausgegangene weltweite Finanzkrise nimmt immer dramatischere Züge an. Nach Auffassung namhafter Finanzmarktexperten sind wir Zeitzeuge der schwersten Finanzkrise seit der Großen Depression.

Der Krisenverlauf sieht aus wie das Spiel mit Dominosteinen: Zuerst sind es notleidende Hauskredite, dann säumige Auto- und Kreditkartenkredite, dann der Interbankenzahlungsverkehr, der komplett zum Erliegen kommt, dann trifft es die Kreditversicherer (sog. Monoliner), es folgt der Zusammenbruch der sechs Billionen Dollar schweren Hypothekenvermittler Fannie Mae und Freddy Mac, zuletzt kommt es zum massenhaften Abzug von Anlegergeldern aus Geldmarktfonds. Eine Feuerwehreaktion der Notenbanken jagt die nächste: Zinssenkungen, Liquiditätsspritzen in dreistelliger Milliardenhöhe und direkter Aufkauf von Banken und minderwertigen Anleihen und Krediten. Die nachhaltige Stabilisierung des internationalen Finanzsystems blieb allerdings bislang aus.

Die vorläufig letzte Etappe ist die Zuspitzung auf dem Markt der hoch riskanten, aber renditeträchtigen Wertpapiere über Kreditversicherungen (credit default swaps - CDS), der in wenigen Jahren auf ein Volumen weltweit von 62.000 Mrd. US-Dollar geradezu explodiert ist und der den Kollaps von Lehman Brothers und die Verstaatlichung der größten Versicherungsgesellschaft der Welt AIG ausgelöst hat. Wann diese Kettenreaktion ein Ende nimmt, ist nicht absehbar. Ob das „Rettungspaket“ der Finanzspritze der US-Regierung von 700 Mrd. \$ bei weiter anhaltender Immobilienkrise, weiter fallenden Häuserpreisen und damit anhaltendem Verfall der hypothekenbesicherten Papiere den Durchbruch bringt, ist völlig offen.

Die Krise muss eingebunden werden in die Finanzabhängigkeiten der USA. Die USA sind weltweit mit über ca. 9 Bio US-Dollar verschuldet. Hauptgläubiger sind asiatische und arabische Länder, allen voran China, die mehr als 1,5 Bio. US-Papiere in Dollar halten. Auch hier liegt ein erhebliches Risikopotential, sollten etwa China oder Japan bei einem anhaltenden Verfall des Dollars ihre Dollar abstoßen. Die Finanzspritze von 700 Mrd. \$ wird nicht ohne Folgen für den Dollarkurs bleiben. Die Risiken an der Währungsfront sind offensichtlich.

Deutschland ist keine Insel der Seligen. Deutsche private und öffentliche Banken waren aktive Spieler im Renditepoker um Kreditverbriefungen, CDS etc. Sie haben zu dem Sittenverfall bei der Kreditvergabe (Kreditverkauf ohne Unterlegung von Eigenkapital, Handel mit CDS und mit von der Fachwelt heute als Giftmüll bezeichneten Kreditderivaten), den im Übrigen der Chef der US-Notenbank Bernanke bereits im Frühjahr 2007 anprangerte, nach Kräften beigetragen. IKB und SachsenLB mussten vor dem Bankrott gerettet werden, mehrere Institute sind in den Lehman-Kollaps verwickelt, allein die Allianz mit 400 Mio. €, der bayrische Finanzminister Huber muss über die BayernLB mindestens 350 Millionen € abschreiben. Die Verluste der Landesbanken in Zusammenhang mit dem Lehman-Bankrott werden auf 1,7 Mrd. €

(Stand 22.9.08) geschätzt. Zusammen mit WestLB, LBBW, HSH Nordbank und BayernLB werden die Verluste deutscher Landesbanken aus den Engagements in riskanten Wertpapiergeschäften zur Zeit auf 15 Mrd. € taxiert. Deutschland ist von der Finanzkrise massiv betroffen. Dies gilt auch für große Versicherungsgesellschaften und von ihnen verwaltete Lebensversicherungen.

In engem Zusammenhang mit der Finanzkrise ist es in einem ungewöhnlich kurzen Zeitraum weltweit zu einem Umschlag von Aufschwung in Abschwung gekommen. Heute sind in Japan, Großbritannien, Spanien und Irland deutlich rezessive Tendenzen festzustellen, in den USA ist jüngst die Arbeitslosigkeit stark angestiegen. In Deutschland spricht die Bundesregierung erstmalig davon, dass der Abschwung eingesetzt hat, nach noch nicht bestätigten Meldungen reduziert sie für 2009 die Wachstumserwartung von 1,2 auf 0,5 %. Die führende Wirtschaftsforschungsinstitute haben ihre Prognose deutlich abgestuft, das Kieler Institut für Weltwirtschaft sagt für 2009 für Deutschland ein Wachstum von nur noch 0,2 % und Nullwachstum für die Eurozone voraus. Der vielgepriesene Aufschwung - angeblich der Agenda 2010 geschuldet - ist verpufft, die Hoffnung auf einen ausgeglichenen Bundeshaushalt verliert ihre Grundlage.

Verantwortung der Bundesregierung

Nachdem die Bundesregierung lange Zeit verkündete, Deutschlands Konjunktur sei robust und im Gegensatz zu anderen Ländern der EU von der Finanzkrise nicht oder nur gering betroffen, erklärt Peer Steinbrück nun, die Finanzkrise sei „das größte konjunkturelle Risiko für die deutsche Volkswirtschaft“. Von eigener Verantwortung ist dabei keine Rede. Dabei hatte sie hartnäckig die Exportabhängigkeit der Wirtschaft erhöht und Maßnahmen zur Stärkung der Binnennachfrage durch mehr Massenkauflkraft und Investitionsprogramme abgelehnt, stattdessen zur Lohndrift nach unten über Hartz IV und den dadurch geförderten Niedriglohnsektor beigetragen.

Den gleichen Persilschein stellt sie sich zu den Turbulenzen im Bankenbereich aus. Wenn der Bundesfinanzminister die „Gier der Banken“ als Hauptverantwortliche ausmacht, verschiebt er nicht nur die Probleme auf eine persönliche Ebene. Er blendet aus, dass die Bundesregierung durch zahlreiche gesetzliche Liberalisierungen des Kapital- und Interbankenverkehrs zur Entstehung des „Schattenbanksektors“ (so frühere europäische Premierminister, Kanzler und EU-Kommissionspräsidenten in einem offenen Brief an José Barroso) und zur „Bankengier“ beigetragen hat: So z.B. durch Zulassung von Zweckgesellschaften, Verkauf von Kreditverträgen an Nicht-Banken, Gewerbesteuerfreiheit von Zweckgesellschaften, Hedge- und Private-Equity-Fonds und durch Förderung des Erwerbs von Hedgefonds durch Lebensversicherungen und Pensionsfonds. Die Bundesregierung hat über die KfW (und vermittelt über die IKB) bei der Lancierung der Spekulation mit Kreditverbriefungen in Deutschland eine Vorreiterrolle gespielt.

Indem die Bundesregierung sich jeglicher Verantwortung entledigt, betreibt sie eine bewusste Irreführung des Bundestages und der Bevölkerung. Es ist unredlich, jahrelang das Lied der freien Kapitalmärkte, der Deregulierung und der freiwilligen Selbstheilung zu singen und nun – wie die Kanzlerin - die Verantwortung für den Scherbenhaufen den angelsächsischen Ländern zuzuschieben, auch wenn diese sicherlich Hauptpromoter der Deregulierung waren. Von Koalition und Regierung wurden lange Zeit Maßnahmen zu schärferer Regulierung strikt abgelehnt und stattdessen die Forderung des G8-Gipfeltreffens nach mehr Transparenz und freiwilliger Selbstheilung propagiert. Noch letztes Jahr hatte Steinbrück die Regulierung von Hedgefonds als „nicht realistisch“ abgetan, einen Monat nach Ausbruch der Finanzkrise zitiert das Handelsblatt am 19.9. den Minister mit den Worten, „es gehe ihm nicht um rechtliche Regulierung, sondern um Verabredungen“, im Dezember ist im gleichen Blatt zu lesen: „Bundesfinanzminister Peer Steinbrück torpediert die Pläne für eine Harmonisierung der europäischen Finanzmarktaufsicht.“

Seit kurzem nun erwärmt sich auch die Kanzlerin für staatliche Eingriffe, der Bundesfinanzminister verkündet plötzlich, die freien Kräfte des Marktes könnten die Krise nicht richten. Beide bleiben jedoch bei der neoliberalen Grundauffassung, dass bei globalisierten Märkten eine Nation allein nichts machen kann, und versteckt sich hinter der Europäischen Union und internationalen Vereinbarungen. Noch im März diesen Jahres hatte Steinbrück rein nationale Maßnahmen als „totale Schwächung des deutschen Finanzdienstleistungssektors“ abgelehnt und dies in eklatantem Gegensatz z.B. zu den nationalen Alleingängen Spaniens in diesem Bereich.

Die Bundesregierung springt mit ihrer Kritik am freien Spiel der Marktwirtschaft – sehr spät – auf einen Zug, der die Medien und die öffentliche Diskussion immer stärker durchdringt. Die Frankfurter Rund-

schau spricht davon, der Glaube an die Überlegenheit freier Märkte sei erschüttert, laut Süddeutsche Zeitung zerlegt sich der Turbokapitalismus gerade selbst. Ein System, das nach dem Prinzip funktioniert, „solange die Musik spielt, müssen wir tanzen“ (so der frühere Chef der Citigroup Chuck Prince im Juli letzten Jahres) ist nicht überlebensfähig. Wenn alle um das goldene Kalb der Renditemaximierung tanzen, wohl wissend, dass der Tanz demnächst in den Abgrund führt, muss die Reißleine gezogen werden.

Die Unterwerfung unter die Zwänge der Globalisierung und ihr aktiver Ausbau - Markenzeichen der Politik der Bundesregierungen der letzten 20 Jahre und die die Grundmaxime der Agenda 2010 darstellte - ist mit der Realität nicht mehr kompatibel und wird von immer weniger Menschen in aller Welt akzeptiert. Das internationale Finanzsystem wird immer mehr zu einem weltweiten Casino in der Hand spekulationsgetriebener institutioneller Finanzakteure und ist in der jetzigen Form nicht tragfähig. Radikale Schritte zu seiner Reform sind überfällig, schnellstes Handeln ist angesagt. 1996 hatte der frühere Bundesbankpräsident Tietmeyer den Politikern ins Stammbuch geschrieben, ihnen sei nicht klar, „wie sehr sie bereits unter der Kontrolle der Finanzmärkte stehen und sogar von diesen beherrscht werden“. Joschka Fischer hatte als Mitglied der rot-grünen Bundesregierung den Delegierten des ver.di-Kongresses entgegengehalten: „Ihr glaubt doch nicht, ihr könntet Politik gegen die internationalen Finanzmärkte machen.“

Heute steht fest: Die Politik muss wieder die Kontrolle über die Finanzmärkte zurückerobern. Die Bundesregierung muss schleunigst Anstrengungen unternehmen, das Diktat der Finanzmärkte zu durchbrechen.

II. Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Deutschen Bundestag umgehend vorzulegen:

- einen Bericht über die Auswirkungen der Finanzkrise auf Deutschland, inkl. der Folgen der in Deutschland durchgesetzten Deregulierungsmaßnahmen für die Erschütterung des deutschen Kreditwesens
- ein Maßnahmenpaket zur Beschlussfassung mit folgenden Schwerpunkten:

1. auf nationaler Ebene:

- Einbeziehung der Kreditinstitute in die Finanzierung staatlicher Rettungspakete
- Verschärfung der Eigenkapital-Unterlegung außerbilanzieller Kreditgeschäften, Bilanzierung von Zweckgesellschaften
- Unterwerfung des gesamten sog. Sekundär-Kredit Handels (Kreditverbriefungen, Verkauf von Kreditverträgen) sowie heimischer Hedgefonds und des CDS-Handels unter die Finanzaufsicht, Einführung eines Kreditregisters
- dauerhaftes Verbot von Leerverkäufen, drastische Reduzierung der Kreditfinanzierung (leverage) beim Kauf von Wertpapieren und Unternehmensbeteiligungen
- Verbot von Transaktionen mit Off-shore-Finanzzentren - Einführung von Kapitalverkehrskontrollen und einer Finanztransaktionssteuer, in der Börsenumsatzsteuer und Tobinsteuer zusammengefasst sind
- Verbot der Investition von Pensionsfonds und Lebensversicherungen in Hedgefonds, CDS-Geschäften, Private-Equity-Unternehmen und Währungen, Rückbau der Privatisierung der Alterssicherung
- Verschärfung der Haftungspflicht für Bankmanager und Mitglieder der Kontrollorgane
- stärkere Besteuerung leistungsloser Einkommen (Erbchaften und große Vermögen)
- Stärkung der Binnenwirtschaft, unmittelbar über ein Kurzfrist-Programm durch Förderung öffentlicher Investitionen und von Massenkauflkraft durch Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns sowie die Erhöhung von Alg II und des Kindergelds
- Entwicklung einer wirtschafts- und finanzpolitischen Widerstandslinie gegen Deregulierungsmaßnahmen der USA und Großbritannien

2. Initiativen der Bundesregierung auf internationaler Ebene für:

- die Schaffung einer europäischen Finanzaufsicht
- die Gründung einer europäischen öffentlichen Ratingagentur, die über einen von der Privatwirtschaft gespeisten Pool finanziert wird und keine Beratungsgeschäfte durchführt

- die Novellierung des Basel-II-Regelwerks mit dem Ziel stärkerer Eigenkapital-Unterlegung von Risiken
- den Um- und Ausbau der Aufsichts- und Präventivfunktionen internationaler Finanzinstitutionen
- die Einführung von Kapitalverkehrskontrollen im Rahmen der IWF-Kompetenzen
- die stärkere Koordinierung der Weltwährungen mit dem Ziel der Etablierung von Währungszielzonen bzw. Festkursen zwischen Dollar, Euro, Yen und Yuan.

Berlin, den 23. September 2008

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion

elektronische Vorab-Fassung*